

Bedarfsprogramm		Seite 1
Projektname: Moosacher Straße Hausnummer 30 Mittelteiler-Öffnung und barrierefreier Ausbau von Bushaltestellen		
zusätzl. örtl. Bezeichnung: Moosacher Straße auf der Höhe Preußenstraße		
Projekt-Nr.: 100815	Maßnahmeart: Umbau Mittelteiler als Linksabbiegespur; barrierefreier Ausbau von Bushaltestellen	
Baureferat - HA Tiefbau T1/CS-West	MIP-Bezeichnung, IL, UA	
Datum/Projektleiter-Ansprechpartner/Tel. 15.02.2016 / 233-61179	Projektkosten (Kostenrahmen) 700.000 €	
<p>Gliederung des Bedarfsprogrammes</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Bisherige Befassung des Stadtrates 2. Bedarf (Anlass, Notwendigkeit und Umfang) 3. Grobkonzept 4. Dringlichkeit 5. Rechtliche Bauvoraussetzungen 6. Kosten, Zuwendungen, Kostenbeteiligungen <p><u>Anlagen:</u></p> <p>A) Termin- und Mittelbedarfsplan</p> <p>B) Übersichtslageplan (M 1:3000)</p>		

1. Bisherige Befassung des Stadtrates

Der Stadtrat wurde bisher noch nicht mit dem Projekt „Moosacher Straße Mittelteiler-Öffnung und barrierefreier Ausbau und Umbau von Bushaltestellen“ befasst.

2. Bedarf (Anlass, Notwendigkeit und Umfang)

Die Moosacher Straße ist nach dem Verkehrsentwicklungsplan (VEP) als überregionale und regionale Hauptverkehrsstraße im Primärnetz mit maßgebender Verbindungsfunktion eingetragen. Die durchschnittliche tägliche Verkehrsbelastung beträgt 42.000 Kfz/24h. Im Bereich der Moosacher Straße Hausnummer 30 werden die fünf Fahrspuren durch einen Mittelteiler getrennt.

Die BMW Group plant auf ihrem Werksgelände westlich der Moosacher Straße Hausnummer 30 einen LKW-Warteplatz und rechnet mit 250 LKW / Tag. Um diesen LKW-Verkehr abwickeln zu können, ist es erforderlich, den Mittelteiler für einen Vollanschluss der Zufahrt zur Moosacher Straße Hausnummer 30 zu öffnen. In diesem Zusammenhang wird die Fußgängerquerung auf der Westseite der Einmündung zur Preußenstraße mit in die Signalanlage integriert. Nach Prüfung des Kreisverwaltungsreferates ist ein sicherer und leistungsfähiger Verkehrsablauf nur mittels einer Erweiterung der bereits bestehenden Lichtsignalanlage (Moosacher Straße / Feuerwache 7) sowie einer zusätzlichen Linksabbiegespur im Mittelteiler möglich. Es entfallen keine Fahrspuren.

Die BMW Group hat im Vorfeld ihre Planungsüberlegungen dem Bezirksausschuss 11 Milbertshofen - Am Hart vorgestellt. Der Bezirksausschuss 11 Milbertshofen - Am Hart unterstützt den Wunsch der BMW Group.

Die BMW Group beteiligt sich an den Kosten für die Öffnung des Mittelteilers und der Herstellung der Linksabbiegespur inklusive zugehöriger LZA mit einem Festbetrag bis zu einer Höhe von 350.000 € und hat um eine Realisierung in 2016 gebeten.

Das Baureferat nimmt diesen Wunsch zum Anlass, den für 2020 geplanten barrierefreien Ausbau der provisorischen Haltestelle „Preußenstraße“ auf der Ostseite der Moosacher Straße sowie den Neubau einer barrierefreien Bushaltestelle auf der Westseite vorzuziehen und gleichzeitig mit dem Ausbau des Vollanschlusses zu realisieren.

3. Grobkonzept

Für die Erstellung der zusätzlichen Linksabbiegespur wird der vorhandene Mittelteiler auf einer Länge von ca. 50 m um 3 m verschmälert und im Bereich der Moosacher Straße Hausnummer 30 geöffnet. In diesem Bereich verbleibt ein Mittelteiler mit Grünstreifen in einer Breite von ca. 1,50 m. Hierzu ist die Fällung von ca. 7 Bäumen notwendig. 3 Bäume können auf dem verbleibenden Mittelteiler neu gepflanzt werden. Die Straßenbeleuchtung wird der neuen Straßensituation angepasst.

Um den Verkehrsfluss der stark belasteten Moosacher Straße zu gewährleisten, ist es erforderlich, die neu geplante Signalanlage in die bestehende Signalanlage an der Feuerwache 7 (bei Hausnummer 28) und die Signalanlage bei der Zu- und Ausfahrt des BMW-Parkhauses (bei Hausnummer 61) zu integrieren.

Auf der Südseite der Moosacher Straße Hausnummer 30, östlich der Preußenstraße, befindet sich derzeit die provisorische Bushaltestelle „Preußenstraße“, die im Zuge dieser Maßnahme barrierefrei ausgebaut werden soll. In diesem Zusammenhang ist es erforderlich 2 Bäume zu fällen. Aufgrund des Bedarfs wird auf der Nordseite der Moosacher Straße westlich des Stichweges Flur-Nr. 88/13 eine weitere barrierefreie Bushaltestelle erstellt (siehe Anlage B).

Um den angestrebten Realisierungszeitraum im Herbst 2016 gewährleisten zu können und da im Zuge der weiteren Projektplanung keine wesentlichen planerischen Änderungen mehr zu erwarten sind, schlägt das Baureferat vor, die Entwurfsplanung und Ausführungsplanung zu erarbeiten und die weiteren Verfahrensschritte verwaltungsintern herbeizuführen, sofern die Kostenobergrenze eingehalten wird.

4. Dringlichkeit

Der Baubeginn der Maßnahme ist für Herbst 2016 geplant.

5. Rechtliche Bauvoraussetzungen

Die durch den Umbau betroffenen Flächen befinden sich in städtischem Besitz und liegen innerhalb der rechtsverbindlichen Straßenbegrenzungslinien. Grunderwerb ist nicht erforderlich.

6. Kosten, Zuwendungen, Kostenbeteiligungen

Das Baureferat hat auf der Grundlage des Grobkonzeptes den Kostenrahmen erstellt.

Danach ergibt sich für das Projekt eine Kostenobergrenze von ca. 700.000 €.

Kostenrisiken liegen noch in einer möglicherweise notwendigen Altlastenentsorgung. Nach dem Altlastenkataster des Referates für Gesundheit und Umwelt liegt kein Altlastenverdacht in der Moosacher Straße 30 vor.

Der Straßenabschnitt liegt laut Kampfmittelbelastungsklasse in einem Gebiet der Kategorie II – geringe bis mittlere Schäden. Hier werden im Zuge der Planung weitere Untersuchungen erfolgen.

Folgekosten für eventuelle Spartenverlegungen können erst im Zuge der Projektplanung ermittelt werden. Die laufenden Folgekosten erhöhen sich nicht, da es sich um eine bereits vorhandene Verkehrsfläche handelt.

Es handelt sich hier um Kosten nach dem derzeitigen Preis- und Verfahrensstand. Diese Summe wird als Kostenobergrenze für die weitere Planung und Vorbereitung des Projektes festgelegt. Unabhängig davon ist eine Kostenfortschreibung aufgrund von Index- bzw. Marktpreisveränderungen zulässig.

Die Baumaßnahme ist grundsätzlich nicht erschließungsbeitragsfähig.

Der barrierefreie Umbau der Bushaltestellen ist nach dem Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (BayGVFG) – Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen des Freistaates Bayern für den öffentlichen Personennahverkehr (BayGVFG-RZÖPNV) förderfähig. Über die voraussichtliche Höhe kann erst nach Antragstellung bei der Regierung von Oberbayern eine Aussage getroffen werden.